

## Gegen die amerikanische Munitionsausfuhr.

### Eine Petition im Senat.

Washington, 29. Jan. (Durch Einspruch vom Vertreter des W. T. B.) Eine Petition, die ein amerikanisches Munitionsausfuhrverbot nach Europa verlangt, und von Millionen von Männern und Frauen aus allen Staaten der Union unterzeichnet ist, wurde durch den Verein amerikanischer Frauen für entschiedene Neutralität dem Senat überreicht. Sie veranlaßte eine heftige Debatte. Die Petition protestiert aus Menschlichkeitsgründen dagegen, daß aus Amerika Gegenstände ausgeführt werden, die von den Kriegführenden zum Töten benutzt werden, und betont, daß Deutschland während des spanisch-amerikanischen Krieges seinen Bürgern nicht erlaubte, Waffen und Munition an Spanien zu verkaufen.

Senator Penyon (Iowa), der Einbringer eines Antrages für ein Munitionsausfuhrverbot, sagte bei der Ueberreichung der Petition: Die Unterzeichner dieser Petition sind weder englandfreundlich noch deutschfreundlich, sondern Freunde Amerikas, der Menschlichkeit und des Christentums. Die ungeheure Verschiffung von Werkzeugen zur Tötung von Menschen ist nicht von der Menschlichkeit eingegeben, sondern von dem kaltblütigen Entschluß, Geld zu machen. Penyon sagte, zu dem Gebot „Du sollst nicht töten“ müßte man jetzt hinzufügen: „Du sollst nicht anderen helfen, zu töten.“ Das Land dürfe die Tötung nicht dulden, als ob Wohlstand daraus entstehen würde, wenn man Europa helfe, seine Männer zu töten. Der Klang des Dollars könne den Schrei des Leidens von den Schlachtfeldern Europas her nicht überhören. Nach dem Völkerrecht möge es ganz in der Ordnung sein, mit diesen Sachen zu handeln, aber es sei gegen das Sittengesetz. Am Sonntag für den Frieden zu beten und die Woche dazu zu verwenden, Kriegswaffen herzustellen, sei nicht, als, gerade herausgesagt, Heuchelei. Die demokratischen Senatoren Martine und Hurst und der Republikaner Clay sprachen für das Ausfuhrverbot.

Der Demokrat Robinson drang darauf, die Senatoren möchten die Regierung nicht so schnell zu einer Politik ermächtigen, welche, falls das Land in einen Krieg verwickelt werden sollte, ihm seine Leistungsfähigkeit zur Herstellung großer Wassermengen nehmen würde. Denn selbst mit der jetzt stark angewachsenen Waffenindustrie würden die Vereinigten Staaten nicht imstande sein, sich selbst für einen Krieg auszurüsten, man würde dann auch nach den neutralen Völkern ausshauen müssen.

Der Republikaner Worls verlangte das Ausfuhrverbot im Interesse der Vereinigten Staaten und sagte zur Begründung: Die Verwicklungen, welche zwischen uns und auswärtigen Mächten entstanden sind, sind das Ergebnis dieses Munitions-handels. Der Demokrat Lane sagte: Ich befürchte, wir werden früher oder später für unseren Waffenhandel Rechenschaft zu geben haben, und ich bedaure es, daß das Volk dieses Landes es vorteilhaft gefunden hat, auf dies Geschäft einzugehen.

Der Demokrat Hitchcock beantragte die Ueberweisung der Petition an den Handelsausschuß anstatt an den auswärtigen Ausschuss und sagte: Das ist keine auswärtige Angelegenheit, sondern eine rein heimische Frage; sie betrifft die Integrität und Solidarität unseres Volkes. Es bildet sich ein Haß zwischen den großen Bestandteilen unserer Bevölkerung, die im Auslande geboren sind. Für diese Leute entspricht es nicht der menschlichen Natur, wenn sie große Industrien unseres Landes damit beschäftigt sehen, tödliche Waffen herzustellen, mit denen ihre Verwandten draußen getötet werden sollen, still und gefühllos beiseite zu stehen.

Der Demokrat Clarke sprach für das Ausfuhrverbot, erklärte aber, es sei eine Frage der auswärtigen Politik. Der Republikaner La Follette sagte: Diese Erklärung von mehr als einer Million Menschen ist von besorgniserregender Bedeutung; es ist der Schrei der allgemeinen Menschlichkeit im Lande, welche keinen Ausdruck in der organisierten Presse finden kann, deren sich mächtige Interessenten bemächtigt haben, welche die Ehre des Landes in Geld ausmühen. Dieser bisher erlaubte Waffenhandel entspricht gültigen Präzedenzfällen des Völkerrechtes, aber in den letzten achtzehn Monaten sind die Grundlagen des Völkerrechtes erschüttert worden. Die Aufrechterhaltung unseres Rechtes, Waffen zu verkaufen, ist der Lebensatem zur Verlängerung des Krieges in Europa gewesen.

### Vom amerikanischen Kongreß.

New York, 7. Jan. Ein einziger Tag im Kongreß hat in die verworrene internationale Lage eine solche Klärung gebracht, daß man jetzt mit Sicherheit sagen kann, die Vereinigten Staaten werden bis zur äußersten Grenze der Zugeständnisse gehen bevor sie in einen Krieg eintreten. Im Senat währte die Debatte nur eine Stunde und es nahmen kaum 10 von den 96 Mitgliedern des Hauses daran teil, aber von diesen Herren war nur einer, Herr Lodge von Massachusetts, bekannt als ein Englandfreund, der Ansicht, Herr Wilson solle eine schärfere Politik einschlagen. Alle anderen tadelten entweder den Präsidenten für die raube Sprache, welche er im Verkehr mit den Zentralmächten geführt hat, oder aber sie nahmen keine Notiz von dem Vorgehen der Exekutive, sondern gaben ihren Ideen, nichts dürfe geschehen, das die Spannung der Lage vermehre, in energischer Weise Ausdruck. Zwei Forderungen traten in den Vordergrund: zunächst verlangten die Senatoren, es solle Amerikanern unterlagt werden, Schiffe der Kriegführenden Mächte zu benutzen, und dann wurde von manchen der Herren ein Verbot der Waffen ausfuhr angeregt. Die Strömung für letztere Maßnahme ist eine sehr starke, wie eine unter großem Beifall am Repräsentantenhaus gehaltene Rede des Herrn Humphrey vom Staate Washington dartut, der erklärte, Amerika lade eine Blutschuld auf sich, die in Jahrhunderten nicht vergessen werden könne. Die Redner, die für eine verständliche Politik eintraten, kamen fast durchweg vom Westen und der Pazifikküste, indessen ist zu bemerken, daß sich auch Senator O'Gorman von hier mit ihnen identifizierte. Er ist sonst im engeren Kreise der Berater des Präsidenten, aber in dieser Sache hat er doch von ihm abdrücken müssen. Er erkennt augenscheinlich die Strömung in seinem Heimatstaat, welche trotz dem Rasen und Wüten von „Herald“, „Times“ und „Tribune“ unter keinen Umständen für einen Krieg oder Maßnahmen, die dazu führen können, ist. Da Herr Wilson die beiden oben erwähnten Forderungen nicht anerkennt, so wird wohl in dieser Kongreß-Session nichts geschehen, — und das ist ein großer Gewinn, besonders auch für die Deutsch-Amerikaner — hat sich herausgestellt, daß die Politik des Landes doch nicht ganz nach den Bedrängnissen und Bedürfnissen Schwabens orientiert werden kann.

## Oberst Houze in Berlin.

N Berlin, 30. Jan. (Priv.-Tel.) Der Berliner Korrespondent der „United Press“ Karl W. Adernann hat über den Aufenthalt des Obersten Houze in Berlin seiner Nachrichtenzentrale in New York mitgeteilt, daß Oberst Houze sich von seinem Berliner Besuch für befriedigt erklärt hat. Er hat hier in Erfüllung seines amtlichen Auftrages mit dem Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg, Staatssekretär v. Jagow, Unterstaatssekretär Zimmermann, dem Präsidenten der Deutschen Bank v. Gwinner, dem Präsidenten der Dresdner Bank, Guttman und mit Dr. Walther Rathenau von der A. G. S. Unterredungen gehabt.

Ueber den Inhalt der stattgefundenen Unterredungen, so heißt es in der Mitteilung des Korrespondenten der „United Press“, wie sie in der „V. Z.“ wiedergegeben ist, darf nichts veröffentlicht werden, doch kann festgestellt werden, daß nach der Rückkehr des Obersten Houze ein besseres Verständnis zwischen Deutschland und Amerika bestehen wird. Aus der Haltung der genannten deutschen Persönlichkeiten kann deutlich geschlossen werden, daß man in Deutschland die Gefahr eines diplomatischen Bruches zwischen beiden Ländern wohl erkannt hat und man ernsthaft für alle schwebenden internationalen Fragen freundliche Beziehungen zu Amerika herzustellen wünscht. Dies wird Präsident Wilson ausdrücklich zur Kenntnis gebracht werden. Mit der Erledigung des „Lusitania“-Falles hatte sich Oberst Houze nicht zu befassen. Hierüber werden jetzt zwischen Washington und Berlin erfolgreich direkte Erörterungen gepflogen, und eine baldige befriedigende Erledigung der „Lusitania“-Frage wird von einer abschließenden Note Deutschlands an Amerika erwartet.

Während seines Berliner Aufenthaltes trat Oberst Houze in telegraphischen Verkehr mit dem amerikanischen Botschafter Denfeld in Wien und Morgenthau in Konstantinopel. Dagegen wird er sich wieder von der Schweiz nach Frankreich aus mit dem amerikanischen Gesandten in Rom Thomas Nelson Page in Verbindung setzen. Oberst Houze denkt in zwei oder drei Wochen dem Präsidenten Wilson über alle Einzelheiten seiner Europareise Bericht zu erstatten. Man erwartet als Ergebnis seines Berliner Aufenthaltes die Entwicklung neuer freundschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten. Da Oberst Houze sich schon bei seiner Ausreise entschlossen hat, in seinem der Kriegführenden Länder mit Persönlichkeiten des Heeres oder der Marine zu sprechen, nahm er auch in Berlin von solchen Unterredungen Abstand.

Z Konstantinopel, 30. Jan. (Priv.-Tel., zens. Fikt.) Dem Morgenthau, der hiesige amerikanische Botschafter tritt übermorgen eine Urlaubstreife nach Amerika an. Vielleicht wird Morgenthau bei der Durchreise durch Deutschland eine Begegnung mit dem amerikanischen Botschafter Gerard haben. Die mit der Wahrnehmung der Interessen aller Entente-Staaten betraute hiesige amerikanische Botschaft hat einen Geschäftsumfang angenommen, wie er kaum voraussehen war. Desto mehr wird der jetzige Urlaubsantritt Morgenthaus, den mit dem Präsidenten Wilson besonders freundschaftliche Beziehungen verbinden, kommentiert.

## Die amerikanischen Vorschläge über den U-Boottkrieg.

New York, 28. Jan. Die „Evening Post“ meldet (in Befähigung und Ergänzung der im Zweiten Morgenblatt mitgeteilten Meldung der „Associated Press“) aus Washington: Die amerikanische Regierung hat sich auf diplomatischem Wege bemüht, eine Vereinbarung zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn einerseits und England, Frankreich, Rußland, Belgien und Japan andererseits zu erzielen, welche den Unterseebootskrieg in den Rahmen des Völkerrechtes bringen und damit die Sicherheit des menschlichen Lebens an Bord friedlicher Handelsschiffe auf See sichern würde. Vor einigen Tagen reichte Lansing dem englischen und französischen Botschafter ein Memorandum ein, von dem er auch Abschriften dem russischen und dem japanischen Botschafter, sowie dem belgischen Gesandten zukommen ließ, in dem er folgendes als einen modus vivendi für die Dauer des gegenwärtigen Krieges vorschlug: Die Alliierten werden damit aufhören, Handelsschiffe zu bewaffnen. Wenn dies angenommen ist, werden sodann die Mittelmächte gefragt werden, ob sie darauf eingehen, kein Handelsschiff ohne vorherige Warnung zu torpedieren, sondern ihr Untersuchungsrecht ausüben, und, falls die Bestimmungen des Völkerrechtes die Vernichtung des Schiffes als Pflicht erforderlich machen, den Passagieren und der Besatzung Gelegenheit zur Rettung zu geben. Der Schritt der Vereinigten Staaten schließt keinen Verzicht auf das Recht, Handelsschiffe zu bewaffnen, in sich, aber im Interesse der Menschlichkeit wird eine Verringerung der Lage für notwendig erachtet. Durch die Anwendung von Unterseebooten in der Ostsee hat England die Unterseeboote als Aufbringer von Handelsschiffen oder als Kriegsschiffe anerkannt. Deutschland hat immer die Unterseeboote als den Vorschriften des Kreuzerrieges unterworfen betrachtet. Die amerikanische Regierung ist sich klar darüber, daß eine weitere Bewaffnung von Handelsschiffen viele Verwicklungen mit sich bringen würde, da die Mittelmächte außerstande sind, bewaffnete und unbewaffnete Schiffe voneinander zu unterscheiden.

Wenn diese Vorschläge abgelehnt werden sollten, so würden die Vereinigten Staaten nicht notwendigerweise gezwungen sein, ihre eigene Haltung gegenüber dem Recht auf Bewaffnung von Handelsschiffen und in der Zulassung von bewaffneten Schiffen in amerikanischen Häfen zu ändern. Aber es ist nicht unmöglich, daß die amerikanische Regierung sich gezwungen sehen würde, ihre Bürger auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die sie laufen, wenn sie künftig auf Handelsschiffen der Kriegführenden reisen, die bewaffnet sind, um Unterseebooten Widerstand zu leisten.

## Die militärische Bereitschaft Amerikas.

Kopenhagen, 29. Jan. (Priv.-Tel., zens. Fikt.) Ein Leitartikel der „National Tidende“ behandelt Wilsons Rede über die Militärbereitschaft Amerikas. Man dürfe gegenüber den englischen Behauptungen, daß die Rede wegen des noch nicht abgeschlossenen „Lusitania“-Falles gegen Deutschland gerichtet sei, nicht vergessen, daß Amerika gleichzeitig mit Wilsons Rede der englischen Regierung eine energische Note über die Postbeschlagnahme und Postzensur überreicht habe. Vermutlich sei die Rede nur dazu bestimmt, die amerikanischen Wähler aufzuklären, daß Wilson trotz seiner Friedensfreundlichkeit bereit sei, jederzeit die amerikanische Ehre und die amerikanischen Interessen mit den Waffen zu verteidigen. Dagegen habe sich Wilson nach keiner Seite binden wollen.